

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Riefaer Wisa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsamts Meißen.

Postsekonto: Dresden 148
Stralosse Riesa Nr. 22.

Nr. 251.

Dienstag, 27. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontore gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Zähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäfts-Nr.: Verzeichnis 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Regierung Luther bleibt. — Fortführung der bisherigen Politik.

Dr. Luther übernimmt das Finanzministerium, Dr. Gehler das Innenministerium, Dr. Krohne das Wirtschaftsministerium.

Beschluß des Reichskabinetts.

11 Berlin. Das Reichskabinet hat seine gestern mit tag begonnenen Beratungen am Abend fortgesetzt und ist zu folgender Stellungnahme gelangt:

Das Reichskabinet betrachtet es als seine selbstverständliche politische Pflicht, auf dem in Locarno begonnenen Wege fortzuschreiten, um dem Reichstag rechtzeitig vor dem 1. Dezember, dem Tage, der für die Zeichnung des in Locarno paraphierten Vertrages vorgesehen ist, ein Gesamtergebnis zur Beschlußfassung unterbreiten zu können. Aus dieser Erwägung ersieht es das Reichskabinet für geboten, von einer Demission abzusehen und die Reichsgeschäfte weiterzuführen.

Der Reichskanzler, der im Laufe des Nachmittags Vertreter der Reichstagsfraktionen empfangen hatte, hat dem Herrn Reichspräsidenten über die politische Lage Bericht erstattet und zugleich seine Vorschläge wegen der zukünftigen Gestaltung des Reichskabinetts unterbreitet. Der Herr Reichspräsident hat die Entlassungsgeluche der Herrn Reichsminister Reuband, Schiele und von Schlieben genehmigt und hat, unter Billigung der Vorsitzenden der Reichsgeschäfte durch das jetzige Kabinet, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Finanzen den Reichskanzler Dr. Luther, des Reichsministers des Innern den Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler und des Reichswirtschaftsministers den Reichsverkehrsminister Dr. Krohne beauftragt.

Genehmigung der Entlassungsgeluche der deutsch-nationalen Reichsminister.

11 Berlin. Der Herr Reichspräsident hat die Entlassungsgeluche der Reichsminister Schiele, von Schlieben und Dr. Reuband genehmigt und den scheidenden Ministern im Hand schreiben seinen Dank für ihre Dienste ausgesprochen.

Das Schreiben an den Reichsminister Schiele

folgendes Wortlaut: „Sehr verehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrage auf Enthebung von dem Amte als Reichsminister des Innern habe ich mit lebhaftem Bedauern in Würdigung der mir vorgetragenen Gründe mit dem beifolgenden Erlaß entsprochen. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen bei Ihrem Scheiden aus dem Amte meinen herzlichsten Dank und meine besondere Anerkennung für Ihre Tätigkeit auszusprechen. In erster Linie haben Sie Ihre Arbeitskraft und Ihre reiche politische Erfahrung in den Dienst des Vaterlandes gestellt und das schwierige Amt des Reichsministers des Innern mit hingebendem Eifer und politischem Geschick versehen. Das Sie hierbei stets Ihr Streben auf die Stärkung der Staatsautorität und den Ausgleich der inneren Gegensätze gerichtet haben, wird Ihr besonderes Verdienst bleiben. Mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr sehr ergebener Ges. von Hindenburg.“

An den Reichsminister von Schlieben

folgendes Wortlaut: „Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrage auf Enthebung von dem Amte als Reichsminister der Finanzen habe ich mit beifolgendem Erlaß entsprochen. Ich möchte Sie nicht aus Ihrem Amte scheiden lassen, ohne Ihnen meinen herzlichsten Dank und meine aufrichtige Anerkennung auszusprechen für die pflichterfüllte und erfolgreiche Arbeit, die Sie in Ihrer langjährigen Tätigkeit in verantwortungsvollen Stellungen im Reichsfinanzministerium und in den letzten Monaten als Reichsminister der Finanzen dem Vaterlande geleistet haben. Das große Werk der Neuordnung der Reichsfinanzen wird mit Ihrem Namen immer eng verbunden bleiben. Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr sehr ergebener Ges. von Hindenburg.“

Das Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Dr. Reuband lautet: „Sehr geehrter Herr Reichsminister! Indem ich Sie auf Ihren Antrag mit dem beifolgenden Erlaß von Ihrem Amte als Reichswirtschaftsminister entbinde, spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank und meine aufrichtige Anerkennung aus für Ihre Tätigkeit an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums. Sie haben in schwieriger Zeit an der Lösung wichtiger wirtschaftspolitischer Aufgaben mit großer Tapferkeit gearbeitet und die Politik der Reichsregierung in verständnisvoller Weise gefördert. Meine besten Wünsche für Ihren ferneren Lebenslauf begleiten Sie. Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Ges. von Hindenburg.“

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

11 Berlin. Ueber die gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Führern der Reichstagsparteien wird gemeldet: Die Volkspartei und das Zentrum sind gewillt, unter allen Umständen den Reichskanzler zu unterstützen, um das Werk von Locarno nicht zu gefährden. Der Vertreter der Demokraten, Reichsminister a. D. Koch betonte, die Demokraten wollten selbstverständlich nicht eine Außenpolitik desavouieren, die in ihrer Linie liegt; sie möchten es aber ablehnen, gegenwärtig als bloße Puffer zu dienen. Die Verantwortung für die gegenwärtige Politik oder gar die Beteiligung an der Reichsregierung komme nur in Frage, wenn ausreichende Garantien dafür gegeben würden, daß eine Wiederholung der gegenwärtigen Situation unmöglich gemacht werde. Die Führer der Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß eine definitive Stellungnahme der Sozialdemokraten erst nach der Einigung des für Mittwoch einberufenen Vorstandes der Reichstagsfraktion erfolgen könne; sie ließen jedoch keinen Zweifel an ihrer Auffassung, daß die Sozialdemokratie nicht daran denken könne, die Deutschnationalen der Verantwortung in diesem Reichstage zu entheben. Wenn die Deutschnationalen den Vertrag ablehnten, dann würde nichts übrig bleiben, als den Reichstag aufzulösen und das Volk selbst entscheiden zu lassen.

Die Presse zum Rücktritt der deutsch-nationalen Minister.

11 Berlin. Die deutsch-nationalen Zeitungen lassen durchblicken, daß ein künftiges Zusammenarbeiten der Deutschnationalen mit dem gegenwärtigen Reichskabinet nicht ausgeschlossen sei. Die „Augsburger Postzeitung“ betont, die Haltung der Deutschnationalen zum Kabinettswechsel Luther werde nur von sachlichen Gründen diktiert und von der Verantwortung vor lebenswichtigen Entscheidungen für die Nation getragen sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, das Resultat der Beratung des Reichstages über Locarno werde abhängen von dem Ergebnis der weiteren Verhandlungen mit dem Auslande. Der Berliner „Volkswächter“ hebt hervor, daß trotz der sachlichen Meinungsverschiedenheit über den jetzigen Beschluß der Deutschnationalen alle Gründe der inneren Politik, alle Gründe der Wirtschaftspolitik mahnen, es beim Zusammenarbeiten der bisherigen Regierungskoalition zu belassen. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet es als bemerkenswert, daß die „Germania“ einen außerordentlich heftigen Ton gegen die Deutschnationalen anschlägt und sagt: Es verhält sich von selbst, daß im Zentrum jetzt alle diejenigen Oberwasser bekommen, die ihre Partei immer ungenier in der Regierungsgemeinschaft mit den Deutschnationalen gesehen haben. Die Deutschnationalen werden sich gewiß bald über die Dinge wundern, die sie außen- und innenpolitisch angeht haben. In der „Germania“ schreibt der frühere Reichspressechef Spicker: Wenn, wie es den Anschein hat, der Klart und sichere Weg zur Wahrung unseres Ansehens in der Welt die Anrufung des deutschen Volkes ist, dann sollte nicht viel Zeit verloren werden, damit vor aller Welt schnellstens der Beweis erbracht wird, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit den Frieden der Welt und die Verbrüderung der Völker will. In der „Völkischen Zeitung“ erklärt Georg Bernhard, in Deutschland sei für die nächsten Jahre ruhig und dauernd nur mit der großen Koalition zu regieren. Im „Vorwärts“ heißt es: Für die Billigung des Vertragswertes von Locarno ist im deutschen Volke zweifellos eine große Mehrheit vorhanden. Eine Regierung, die sich auf diese Mehrheit stützen will, kann nicht gegen diese Mehrheit gemeinsame Sache mit den Deutschnationalen in den wichtigsten innenpolitischen Fragen machen.

Englische Blätterstimmen zum Austritt der Deutschnationalen aus dem Kabinet.

London. (Zuspruch.) In einem „Deutschland und der Welt“ überschriebenen Leitartikel führt die liberale Westminster Gazette unter Hinweis auf den Rücktritt der Deutschnationalen Minister u. a. aus: Es ist Sache der Deutschen selbst und von niemand anderem, zu sehen, welche Schritte folgen sollen, aber die allgemeine Annahme, daß Reichskanzler Dr. Luther auf der einen oder anderen Weise — sei es durch Umbildung seines Ministeriums oder als letztes Mittel durch einen Appell an das Land — die Annahme des Paktes von Locarno erreichen werde, ist, daran kann man nicht zweifeln, wohl begründet; denn durch Verwerfung des Paktes würde sich Deutschland in einer weit schlechteren Lage gegenüber der Welt befinden als jemals seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Deutschland würde dann endgültig die Politik der Verbrüderung verworfen haben. — Die Westminster Gazette fährt fort: Es heißt, daß die Deutschnationalen fragen, was Dr. Luther für das, was er gegeben habe, gewonnen habe. Wenn es nicht für sie bedeutet, daß Locarno die Möglichkeit friedlicher Entwicklung enthält und die Aussicht auf eine freundschaftliche Revision dessen, was im Versailler Vertrag schwer erträglich ist, so sollten sie sich weigern zu fragen,

was geschehen würde, wenn Deutschland den Pakt verwarf. Deutschland würde in diesem Falle alle die Sympathie verlieren, die es sich unter der harten Behandlung seiner vorzeitigen Feinde gewonnen hat. Die Räumung des deutschen Gebietes würde auf unbestimmte Zeit verschoben werden, die französischen Nationalisten würden wieder auf der Bildfläche erscheinen mit ihren Sanktionen und Strafexpeditionen. Es würde ein Elend für alle werden, aber am schlimmsten für Deutschland. Das Blatt drückt dann die Zuversicht aus, daß dies nicht geschehen werde und fährt fort: Es ist befriedigend zu sehen, daß die britische Regierung mit den Vorkehrungen für die Räumung des Kölner Gebietes voranschreitet. Diese hat mit dem Locarno-Pakt nichts zu tun. Sie hängt, genau genommen, nur von der Frage ab, ob die Deutschen ihre Abtrünnungsverpflichtungen gemäß dem Versailler Vertrag erfüllt haben, aber ein ehrlicher Wunsch, diese Frage billig zu behandeln und keine technischen Gründe zu finden oder zu erfinden, um hier auszuweichen, wird zweifellos im gegenwärtigen Augenblick von größter Wichtigkeit sein und Dr. Luther helfen, seinen Landsleuten zu beweisen, daß er nicht mit leeren Händen von Locarno zurückkehrt ist. Die Schwierigkeit hinsichtlich des Versailler Vertrages liegt nicht nur darin, daß er hart ist, sondern daß er angeht ein deutsches Land, von dem man annimmt, daß es unverwundlich sei, in jedem Punkte noch schlimmer gemacht wurde. Daraus haben die Deutschnationalen ihre Stärke gezogen.

Französische Blätter über den Beschluß der Deutschnationalen.

11 Paris. Zu dem Beschluß der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion äußern sich nur wenige Blätter redaktionell. Gaulois schreibt: Nach unserer Ansicht muß man sich Glück wünschen, daß die Revancheparteien zu früh die Maske fallen ließen, um die Entente, die französisch-britische Entente, die nach den eigenen Worten Chamberlains unlösbar ist, aus dem Pazifismusraum aufzuweichen, den sie beinahe für wirklich hielt. Mehr denn je ist die Einheitsfront zwischen Paris und London eine vitale Notwendigkeit für Frankreich und England. Je nachdem die beiden Völker entschlossen, einig, oder zögernd über die vom Reich zu befolgende Politik vorgehen werden, werden die Abkommen von Locarno bei den kommenden deutschen Wahlen als Sieger oder Besiegte hervorgehen. Homme libre sagt u. a.: Bis jetzt ist das Ergebnis nicht verloren. Das Versagen der deutsch-nationalen Minister ist nicht etwa die Folge eines plötzlichen Entschlusses, sondern die Widerspiegelung des Geisteszustandes, der innerhalb der zahlreichen und repräsentativen Partei des augenblicklichen Deutschland herrscht. Leuvre schreibt, man könne sich doch wirklich nicht einbilden, daß die Akte von Locarno bedroht seien. Die Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone seien auf ausgezeichnetem Wege, und was solle sie unterbrechen? Es könne sich also nur um verlorene Zeit handeln, nicht aber um verlorenes Terrain.

Die Prager Tribuna zum Rücktritt der deutsch-nationalen Minister.

Prag. (Zuspruch.) Die parteilose Tribuna schreibt, es liege an der Entente und hauptsächlich an der französischen Regierung, endlich durch eine positive Tat der Demagogie in Deutschland ein Ende zu machen. Die Räumung der Rheinlande würde auch eine wesentliche Erleichterung des französischen Budgets bedeuten.

Beratungen der Deutschen Volkspartei.

Berlin. (Zuspruch.) Der Parteivorstand und der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist heute vormittag zur Besprechung der politischen Lage zusammengetreten. Die Fraktion selbst wird sich erst um 4 1/2 Uhr nachmittags versammeln.

Zur Regierungstrife in Frankreich.

Paris. (Zuspruch.) Der Kabinettsrat, der in seiner heutigen Vormittagsitzung die kaiserialen Finanzpläne sowie die allgemeine politische Lage besprochen hat, hat die Sitzung kurz nach 11 Uhr unterbrochen. Die Beratung wird heute nachmittags 3 Uhr durch den im Obesce Ratifizierenden Ministerrat fortgesetzt werden.

Wie Havas mitteilt, hat Außenminister Briand den Kabinettsrat kurz vor Beendigung verlassen, um sich, wie er sagte, zu einer Sitzung des Völkerverbundes zu begeben. Der Kabinettsrat war dann ohne Briand noch etwa 30 Minuten beisammen.

Wie Havas berichtet, wird in den Wandelgängen der Kammer erklärt, Poincaré habe Kammerpräsident Herriot das Anerbieten gemacht, in sein Kabinet einzutreten, wenn dieses wiederhergestellt werden sollte. Herriot habe nach dem gleichen Bericht sich jedoch geweigert, im Augenblick eine Antwort zu geben. Er soll sich vorbehalten haben, die Lage zu prüfen.

(Weitere Nachrichten an anderer Stelle.)